

Antrag auf Anordnung verkehrsregelnder Maßnahmen nach § 45 Abs. 1, 6 StVO

Firma / Antragsteller: (Anschrift)	Verantwortlicher: (Anschrift)
	Verkehrssicherung: / Bauleiter:
	Name:
Telefon:	Telefon:
Mobil:	Mobil:
E-Mail:	E-Mail:

Sofern die Beschilderung durch eine Fachfirma durchgeführt wird, ist diese anzugeben!

Straße: <input type="checkbox"/> Bundesstraße <input type="checkbox"/> Landstraße <input type="checkbox"/> Kreisstraße <input type="checkbox"/> Gemeindestraße
Ort der Sperrung: <small>(Straßenname, bei km/von km - km / von Haus Nr. zu Haus Nr.)</small>
Dauer: am/von _____ bis _____
Maßnahmen: <input type="checkbox"/> Aufstellung Baugerüst <input type="checkbox"/> Aufstellung Container <input type="checkbox"/> Aufstellung Leiteraufzug <input type="checkbox"/> Aufstellung Baukran <input type="checkbox"/> zeitweiliges Halteverbot- oder Parkverbot
Sperrung einer Straße <input type="checkbox"/> Halbseitige Sperrung <input type="checkbox"/> Vollsperrung der Straße <input type="checkbox"/> Sperrung entl. der Straße <input type="checkbox"/> Sperrung einer Fahrtrichtung (<i>Einrichtung Einbahnstraße</i>)
Sperrung eines Gehweges <input type="checkbox"/> Halbseitige Sperrung <input type="checkbox"/> Vollsperrung des Gehweges <input type="checkbox"/> Vollsperrung mit Notweg <input type="checkbox"/> Sperrung entlang des Gehweges <input type="checkbox"/> Sperrung für den Fahrradverkehr
<input type="checkbox"/> Umleitung notwendig über: <input type="checkbox"/> Sperrung für Fahrzeuge über Gesamtgewicht (Tonnenangabe / Breite / Länge): Restbreite Gehweg: _____ Restbreite Fahrbahn: _____
Regelplan: <input type="checkbox"/> Beschilderungsplan / Verkehrszeichenplan ist / sind beigefügt.
Grund der Sperrung:
Sondernutzung: Gestattungsvertrag/ Nutzungsvertrag/ Sondernutzungserlaubnis des Trägers der Straßenbaulast (Aufbruchgenehmigung) <small>(Eine Antragsbearbeitung kann nur nach Vorlage der Aufbruchgenehmigung erfolgen.)</small> Sondernutzungserlaubnis liegt bei nicht erforderlich

Hinweis: Der Antragsteller (Bauunternehmen, Privatperson) muss mindestens zwei Wochen vor Arbeitsbeginn die verkehrsrechtliche Anordnung schriftlich beantragen. Eine Bearbeitung des Antrages ist nur unter Angabe aller Daten, Vorlage einer Skizze/Lageplan und unter Beilage eines Verkehrszeichenplanes möglich. Notfälle sind am nächsten Werktag anzuzeigen!

Es wird hiermit versichert, dass der Antragsteller die Verantwortung für die ordnungsgemäße Aufstellung der Verkehrszeichen und deren Beleuchtung sowie die Aufstellung und Bedienung einer erforderlichen Signalanlage übernimmt und die dafür entstehenden Kosten trägt. Ereignen sich Verkehrsunfälle, die durch diese Maßnahme bedingt sind und mit ihnen in ursächlichem Zusammenhang stehen, so wird die Haftpflicht gegenüber dem jeweiligen Träger der Straßenbaulast in vollem Umfang übernommen.